Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

zwischen
dem Landkreis Oder-Spree
vertreten durch den Landrat
Herrn Rolf Lindemann
Breitscheidstraße 7
15848 Beeskow

und
der Stadt Frankfurt (Oder)
vertreten durch den Oberbürgermeister
Herrn René Wilke
Marktplatz 1
15230 Frankfurt (Oder)

über die Übertragung der Verwaltungsaufgaben auf dem Gebiet der Unteren Jagd- und Fischereibehörde.

Die Übertragung erfolgt auf der Grundlage des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKGBbg vom 10.01.2014, GVBl, 1/14 (Nr. 32), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl.I/19, [Nr. 38]).

§ 1

Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Die Stadt Frankfurt (Oder) überträgt die ihr obliegenden Aufgaben auf dem Gebiet der unteren Jagd- und Fischereibehörde gemäß §§ 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 2, Abs. 3, 5 Abs. 1 Satz 1, 2 Alt. GKGBbg einschließlich des Vollzugs dieser Aufgaben auf den Landkreis Oder-Spree.

Hierzu gehören insbesondere Aufgaben nach den Vorschriften des:

- a) Fischereigesetzes (BbgFischG) und der Fischereiordnung (BbgFischO) für das Land Brandenburg
- Prüfung und Beanstandung von Fischereipachtverträgen
 - Erarbeitung fischereirechtlicher Stellungnahmen
 - Organisation, Durchführung und Beaufsichtigung von Angelprüfungen
 - Erteilung, Versagung und Einziehung von Fischereischeinen
 - Ausgabe von Fischereiabgabemarken
 - Organisation, Schulung und Wahrnehmung der Fischereiaufsicht
 - Statistik
 - Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten und Strafsachen
- b) Bundesjagdgesetzes (BJagdG) und Jagdgesetzes für das Land Brandenburg (BbgJagdG)

- Gestaltung von Jagdbezirken
- Rechtsaufsicht über die Jagdgenossenschaften/Hegegemeinschaften
- Prüfung von Jagdpachtverträgen/-erlaubnissen
- Erteilung, Versagung und Einziehung von Jagdscheinen
- Abschussplanung/Jagdstatistik
- Ausgabe von Wildursprungscheinen und Wildmarken
- Jagd in befriedeten Bezirken
- Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten und Strafsachen
- Erarbeitung jagdrechtlicher Stellungnahmen

Die Aufgabenübertragung umfasst auch den hoheitlichen Vollzug aller betroffenen Aufgaben, insbesondere die Durchführung von Verwaltungsverfahren einschließlich Verfahren zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, Widerspruchsverfahren, Klageverfahren, Vor-Ort-Kontrollen sowie die Erhebung und Verarbeitung von Daten einschließlich der Führung von Datenbanken.

Der Landkreis verpflichtet sich, die Datenbanken so zu pflegen, dass zu vereinbarten Stichtagen eine Aussage über Fallzahlen für das Stadtgebiet Frankfurt (Oder) möglich ist bzw. die der Stadt Frankfurt (Oder) betreffenden Pflichtmeldungen eigenständig durch den Landkreis Oder-Spree erfolgen.

- (2) Die Aufgabenübertragung erfolgt mit Inkrafttreten der Vereinbarung nach den Bestimmungen des § 5 Abs. 2 dieser Vereinbarung in Verbindung mit den Vorschriften des GKGBbg.
- (3) Die Aufgabenübertragung erfolgt in der Form einer delegierenden Aufgabenübertragung gemäß §§ 3 Abs. 3, 5 Abs. 1 2. Alt., Satz 1 GKGBbg.
- (4) Der Landkreis Oder-Spree nimmt die ihm übertragenden Aufgaben an seinem Dienst-sitz Schneeberger Weg 40, 15848 Beeskow wahr.
- (5) Eine Weiterübertragung der von der Stadt Frankfurt (Oder) an den Landkreis Oder-Spree übertragenen Aufgaben nach dieser Vereinbarung auf eine andere Kommune bedarf der Zustimmung der Stadt Frankfurt (Oder). Die Zustimmung ist schriftlich zu erklären.
- (6) Die Befugnis, Satzungen und ordnungsbehördliche Verordnungen in Bezug auf den in § 1 Abs. 1 genannten Aufgabenbereich zu erlassen, verbleibt für das Gebiet der Stadt Frankfurt (Oder) bei der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder).

§ 2 Personal

- (1) Die zur Erfüllung der in § 1 dieser Vereinbarung vorgesehenen Aufgaben eingesetzten Dienstkräfte sind Dienstkräfte des Landkreises Oder-Spree.

Die Aufgabenerledigung der Unteren Jagd- und Fischereibehörde ist bei der Stadt Frankfurt (Oder) derzeit vakant, so dass eine Übernahme von Personal der Stadt Frankfurt (Oder) nicht vorgesehen ist und auch zukünftig nicht in Betracht kommt.

- (2) Es werden vom Landkreis Oder-Spree 0,5 VZÄ in der Entgeltgruppe 9c für die Erledigung der Aufgaben eingesetzt.

§ 3 Kostenerstattung

- (1) Die Kosten, welche in unmittelbarem Zusammenhang mit der Erfüllung der von der Stadt Frankfurt (Oder) übernommenen Aufgaben stehen, werden dem Landkreis Oder-Spree durch die Stadt Frankfurt (Oder) erstattet. Bei den Kosten handelt es sich um Personalkosten und Sachkosten.
- (2) Hierbei umfassen die Personalkosten das tatsächliche Entgelt von 0,5 VZÄ in der Entgeltgruppe 9c (derzeit Stufe 3) und die sonstigen Entgeltbestandteile sowie die arbeitgeberseitigen Anteile am Sozialversicherungs- und Krankenversicherungsbeitrag.
- (3) Die Sachkosten werden pauschal in Anlehnung an die KGSt¹ für 0,5 VZÄ erstattet (derzeit 9.700 €/VZÄ jährlich). Die so ermittelte KGSt-Pauschale wird um 50 v.H. gekürzt, um die beim Landkreis Oder-Spree zu erwartenden Erträge abzugelten. Bei Änderungen der KGSt-Pauschalen, ist die jährliche pauschale Sachkostenerstattung für die Zukunft entsprechend anzupassen.
- (4) Der Landkreis Oder-Spree erhält für jedes Kalenderjahr Abschläge auf die nach Abs. 1 zu entrichtende jährliche Kostenerstattung. Die Abschläge sind in vier gleichen Raten jeweils zum Ende eines Quartals des laufenden Jahres zu entrichten, wobei sich die Summe der Abschlagsraten an der Höhe der gesamten Kostenerstattung orientiert. Die Abschlagszahlung erfolgt erstmalig zum 16.12.2019.
- (5) Der Landkreis Oder-Spree ist verpflichtet, jeweils für das Vorjahr die Höhe der entstandenen tatsächlichen Personalkosten (Abs. 2) der Stadt Frankfurt (Oder) bis zum 28.02. eines Jahres mitzuteilen und im Einzelnen nachzuweisen. Etwaige Differenzbeträge zu den im jeweiligen Vorjahr auf die Personalkosten geleisteten Abschläge des Landkreises Oder-Spree sind bis zum 30.06. eines Jahres auszugleichen.
- (6) Die Vereinbarungspartner haben gegenseitig das Recht der Einsichtnahme in alle mit der Kostenerstattung verbundenen Unterlagen.

¹ Zuletzt: „Kosten eines Arbeitsplatzes (2018/2019)“, KGSt-Bericht Nr. 9/2018
Stand: 19.08.2019

§ 4 Akten

- (1) Die zur Aufgabenerfüllung notwendigen Akten und Datenbestände werden im Landkreis Oder-Spree durch die Stadt Frankfurt (Oder) rechtzeitig und vollständig überlassen.
- (2) Alle Akten werden dem Landkreis Oder-Spree am Amtssitz Beeskow zur Sichtung und Entscheidung über die Fortführung bzw. Schließung und Vorbereitung der Archivierung übergeben. Die nach Entscheidung des Stadtarchivs der Stadt Frankfurt (Oder) mittels Anbietersliste zur Archivierung vorgesehenen Akten werden in der Stadt Frankfurt (Oder) archiviert. Die Vernichtung von Datenbeständen, die keiner Archivierung zugeführt werden müssen, erfolgt unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften durch den Landkreis Oder-Spree.
- (3) Die Übergabe der digitalen Datenbestände erfolgt unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben im Zusammenwirken der IT-Services beider Vereinbarungspartner.
- (4) Nach Beendigung der Vereinbarung sind die für die laufende Bearbeitung nicht mehr benötigten Akten im Landkreis Oder-Spree entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen aufzubewahren. Die für die weitere Bearbeitung in Frankfurt (Oder) benötigten Unterlagen und Dateien sind vom Landkreis Oder-Spree zu übergeben.
- (5) Die Vereinbarungspartner erklären gegenseitig, die von ihnen verwahrten/archivierten Unterlagen zur Einsichtnahme uneingeschränkt zur Verfügung zu stellen.
- (6) Für die Weitergabe von personenbezogenen Daten gelten die Bestimmungen des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes (BbgDSG) und der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

§ 5 Bekanntmachung, Inkrafttreten, Laufzeit und Kündigung

- (1) Die Vereinbarungspartner haben die öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach den für ihre Satzungen geltenden Vorschriften öffentlich bekannt zu machen. Für die Änderung, Aufhebung und Kündigung dieser Vereinbarung gilt dies entsprechend.
- (2) Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung tritt am ersten Tag des Kalendermonats nach dem Monat in Kraft, in dem die letzte öffentliche Bekanntmachung erfolgt ist, jedoch nicht bevor die Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde des Landes Brandenburg gemäß § 41 Abs. 3 GKGBbg wirksam erteilt wurde.
- (3) Die Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (4) Sie kann unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr zum Ende eines jeden Kalenderjahres gekündigt werden.

- (5) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung nach § 60 Verwaltungsverfahrensgesetz bleibt unberührt.
- (6) Die Kündigung muss schriftlich erfolgen.

§ 6
Sonstiges

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung unwirksam sein, so bleibt die Vereinbarung im Übrigen wirksam.
Die Vereinbarungspartner verpflichten sich in diesem Fall, einzelne, unwirksame Regelungen in gegenseitigem Interesse schnellstmöglich durch wirksame Regelungen zu ersetzen.
- (2) Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung unterliegt den Bestimmungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes.

Für die:

Stadt Frankfurt (Oder)

Datum:

Der Oberbürgermeister
René Wilke

Bürgermeister
Claus Junghanns

Für den:

Landkreis Oder-Spree

Datum:

Der Landrat
Rolf Lindemann

Beigeordnete
Gundula Teltewskaja